



## Zuflucht im Schutz der Zivilgesellschaft

Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik und der Europäischen Union hat sich in den vergangenen beiden Jahren extrem verschärft. Statt der Willkommenskultur im Sommer 2015, die wir alle mehrheitlich begrüßt und mitgetragen haben, wird im Zuge einer populistischen Politik inzwischen eine rigorose Abschiebep Praxis durchgeführt, die auf eine gewaltsame Abschottung Europas hinausläuft.

Die „Festung Europa“ ist zum unausgesprochenen Leitbild europäischer Migrationspolitik geworden. Die Sahara und das Mittelmeer werden als natürliche Grenzsperrn Europas funktionalisiert und die europäischen Außengrenzen in die Staaten südlich der Sahara vorverlagert. Im Osten des Mittelmeers übernimmt die autoritär regierte Türkei eine ähnliche Aufgabe, während die zivilgesellschaftliche Seenotrettung für Flüchtlinge lahmgelegt, diskreditiert und kriminalisiert wird. Diejenigen, die trotz dieser Barrieren unter Lebensgefahr das europäische Festland erreichen, sollen in Lagern, genannt ‚geschlossene Aufnahmезentren‘, untergebracht und damit von der Gesellschaft isoliert und ausgegrenzt werden.

Eine derartige Politik widerspricht fundamental dem humanistischen Geist unserer Verfassung und den Grundwerten der Europäischen Union. Die Abschottungs- und Abschiebep Praxis missachtet Grundrechte der geflüchteten Menschen auf Unversehrtheit und Freiheit; wenn es politisch opportun erscheint, wird sogar der Rechtsstaat durch politisch motivierte Entscheidungen der Behörden außer Kraft gesetzt. So finden immer häufiger Angriffe auf



rechtsstaatliche Prinzipien wie die Gewaltenteilung statt, und zwar nicht nur in Polen, Ungarn oder Italien, sondern auch in Deutschland. Entgegen richterlicher Erlasse wurden sogenannte Gefährder von der Exekutive abgeschoben, und die politischen Debatten lassen erwarten, dass solche Praxen gegenüber allen Flüchtlingen mit unsicherem Aufenthaltsstatus Platz greifen werden.

Angesichts dieser politischen Entwicklungen sehen wir

uns als Teil der Zivilgesellschaft in der Pflicht, durch gewaltfreie Akte des zivilen Ungehorsams Widerstand zu leisten, indem wir Menschen, die von Abschiebungen be-



droht sind, bei uns beherbergen und schützen. Wir stellen dadurch die Rechtssetzungen in Frage, die es den Behörden und der Justiz erlauben, Menschen gegen ihren Willen abzuschieben. Unsere Maßnahmen des zivilen Ungehorsams zielen also darauf ab, die inhumane Gesetzes- und Rechtspraxis zu ändern und in Zukunft eine menschenwürdige Behandlung der geflüchteten Menschen zu gewährleisten.

Ein gutes Beispiel für die Notwendigkeit und Wirksamkeit des gewaltfreien zivilen Ungehorsams sind die Aktionen gegen den Braunkohleabbau am Hambacher Forst. Hier richtete sich der Widerstand gegen eine rücksichtslose



Gewinnorientierung eines Konzerns mit Rückendeckung der Politik, aber zu Lasten des Klimas und damit zu Lasten unserer aller Zukunft. Der evangelische Pfarrer Martin Grevert aus Düren hat sich in einem Zeitungsinterview über seine Sitzblockade Hambacher Forst folgendermaßen geäußert: „Das war für uns der richtige Ausdruck des zivilen gewaltfreien Ungehorsams. Es hat sich so angefühlt, dass wir das Richtige gemacht haben.“ Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, dass Aktionen zivilen Ungehorsams in der Bevölkerung eine breite Unterstützung auslösen und auf diesem Wege auch zu einer Änderung führen. Eine ähnliche Wirkung erhoffen wir uns auch von unserem Bürger\*innenasyl.

Wir sind uns dabei unserer historischen, aber auch unserer aktuellen politischen Verantwortung bewusst. Wir als

ehemalige Kolonialmächte und als Industrieländer tragen maßgeblich zu den Fluchtursachen bei, sei es durch rücksichtslose Ausbeutung der Rohstoffe der südlichen Hemisphäre, durch massive Benachteiligung dieser Länder in Folge einseitiger Handelsabkommen, durch den Klimawandel auf Grund ständig zunehmender Treibhausgas-konzentration, durch lukrative Rüstungsexporte in Krisengebiete und durch unseren aufwendigen Lebensstil auf Kosten der Ärmsten dieser Welt. Dieser Verantwortung



müssen wir uns stellen.

Wir sehen das Bürger\*innenasyl aber auch als Teil einer europäischen und internationalen Bewegung, in der Bürger\*innen ebenso wie Kommunen beschlossen haben, eine inhumane Politik gegenüber Geflüchteten nicht mitzutragen. Weltweit gibt es Städte, die sich als Sanctuary

Cities oder Solidarity Cities begreifen und geschützte Räume für diejenigen bilden, die besonders von Abschiebung und Illegalisierung bedroht sind. Neben den seit langem bestehenden Kirchenasylen haben sich in zahlreichen deutschen Städten wie Barnim, Berlin, Darmstadt, Frankfurt, Freiburg, Fürth, Göttingen, Hamburg, Hanau, Köln, Nürnberg, Regensburg, Stuttgart und Wendland Bürger\*innenasyl-Initiativen gebildet. Der von all diesen Initiativen bereitgestellte Schutz ermöglicht es Geflüchteten, außerhalb des Zugriffs der Behörden, aber in zivilgesellschaftliche Netzwerke eingebunden, zu leben und Perspektiven für sich zu entwickeln. Für viele sind diese geschützten Räume existenziell und lebensrettend. Sie eröffnen zudem neue Formen sozialen, kulturellen und politischen Handelns jenseits der künstlich gezogenen und verhärteten Grenze zwischen den Geflüchteten und der Mehrheitsgesellschaft. Migration ist eine Konstante europäischer Gesellschaften und soll es auch bleiben .

Deshalb wollen wir bewusst die Breite der Bewegung ansprechen, die sich 2015 hinter die Geflüchteten gestellt hat. Das waren Gewerkschafter\*innen, Angehörige religiöser und nichtreligiöser Gemeinden, Lehrer\*innen, Menschen aus medizinischen und therapeutischen Berufen, Partei-Vertreter\*innen, Sozialarbeiter\*innen, Künstler\*innen und viele mehr. Es waren Menschen wie Du und ich, die das Wohl ihrer Mitmenschen höher ansiedeln als das deutsche Passgesetz. Wir sprechen alle Menschen - mit und ohne Fluchterfahrung - an, die sich zu Recht empören, und jetzt einen weiteren gemeinsamen Schritt mit uns gehen wollen - überparteilich, religiös/konfessionell nicht gebunden, sondern offen für alle, die sich angesprochen fühlen.

**Kontakt: [b\\_asyl\\_ac@riseup.net](mailto:b_asyl_ac@riseup.net)**

**<https://aktionbuergerinnenasyl.de/>**